

## Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Hochschule, Forschung und Kultur

Gesetzentwurf der Staatsregierung  
Drs. 16/11984

zur Änderung des Bayerischen Universitätsklinikage-  
setzes und anderer Rechtsvorschriften

### I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass folgende Ände-  
rungen durchgeführt werden:

1. In § 1 (Änderung des BayUniKlinG):
  - a) Nr. 4 (Änderung des Art. 5) wird wie folgt ge-  
ändert:
    - aa) Buchst. a) erhält folgende Fassung:

„a) In Abs. 2 Satz 3 werden die Worte  
„der zugrundegelegten Annahmen“  
gestrichen.“
    - bb) In Buchst. c) Doppelbuchst. bb) werden  
im neu eingefügten Satz 3 nach dem Wort  
„Staatsministerium“ die Worte „für Wis-  
senschaft, Forschung und Kunst“ einge-  
fügt.
  - b) Nr. 9 Buchst. b) (Änderung des Art. 12 Satz 2)  
erhält folgende Fassung:

„b) In Satz 2 werden die Worte „der wechselseitigen  
Kostenerstattung“ durch die Wor-  
te „eventueller Kostenerstattungen im  
wirtschaftlichen Bereich“ ersetzt.“
2. Dem § 2 (Änderung des BayHSchG) wird folgende  
Nr. 4 angefügt:

„4. Art. 63 Abs. 2 Satz 1 erhält folgende Fassung:  
  
„<sup>1</sup>Kompetenzen, die im Rahmen sonstiger wei-  
terbildender Studien nach Art. 56 Abs. 6 Nr. 3  
oder außerhalb des Hochschulbereichs erwor-  
ben wurden, können angerechnet werden, wenn  
sie gleichwertig sind.““

Berichtersteller:  
Mitberichterstellerin:

**Dr. Thomas Goppel**  
**Adelheid Rupp**

### II. Bericht:

1. Der Gesetzentwurf wurde dem Ausschuss für  
Hochschule, Forschung und Kultur federführend  
zugewiesen. Der Ausschuss für Staatshaushalt und  
Finanzfragen hat den Gesetzentwurf mitberaten.  
Der Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlaments-  
fragen und Verbraucherschutz hat den Gesetzent-  
wurf endberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Gesetzent-  
wurf in seiner 63. Sitzung am 25. April 2012 ber-  
aten und mit folgendem Stimmresultat:  
CSU: Zustimmung  
SPD: Ablehnung  
FREIE WÄHLER: Ablehnung  
B90/GRÜ: Ablehnung  
FDP: Zustimmung  
mit den in I. enthaltenen Änderungen Zustim-  
mung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen  
hat den Gesetzentwurf in seiner 171. Sitzung am  
12. Juni 2012 mitberaten und mit folgendem  
Stimmresultat:  
CSU: Zustimmung  
SPD: Ablehnung  
FREIE WÄHLER: Ablehnung  
B90/GRÜ: Ablehnung  
FDP: Zustimmung  
der Beschlussempfehlung des federführenden Aus-  
schusses zugestimmt.
4. Der Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlaments-  
fragen und Verbraucherschutz hat den Gesetzent-  
wurf in seiner 78. Sitzung am 21. Juni 2012 endber-  
aten und mit folgendem Stimmresultat:  
CSU: Zustimmung  
SPD: Ablehnung  
FREIE WÄHLER: Ablehnung  
B90/GRÜ: Ablehnung  
FDP: Zustimmung  
der Beschlussempfehlung des federführenden Aus-  
schusses zugestimmt.

**Oliver Jörg**  
Vorsitzender